die einzelnen Delicte; vor Allem immer jene Partien, wo es auf Detailschilderungen ankommt. Diese sind prächtig gelungen. Ich bin überzeugt, dass sie auch den Culturbistoriker, ja selbst den Laien fesseln müssen. Im Interesse der Strafrechtspflege hätte ich freilich mitunter eine strammere juristische Zusammenfassung gewünscht. Die Ausführungen Knapps verlieren sich oft ins Antiquarische. Zwar hat der Verfasser sein Material in einem System untergebracht, doch ist bei der Einreihung nicht immer rigoros vorgegangen. So Manches z. B., was K. unter dem Schlagwort mangelnde Zurechnungsfähigkeit wegen jugendlichen Alters anführt, ist eine Eigenthümlichkeit der Bestrafung wegen jugendlichen Alters. Sehr ungenau ist es, wenn S. 49 die von Brunner (R. G. II 588 f.) sog. spiegelnden Strafen, als Verlust der Schwurhand bei Meineid u. s. w., als dem Princip der Talion nahestehend bezeichnet werden.

Es ist vielleicht durch den antiquarischen Standpunkt des Verfassers bedingt, dass er das Strafrecht ausserhalb Nürnbergs selten berücksichtigt. Das ist doch wohl die Isolirung zu weit getrieben. Die „Vergleiche“ hätten darum nicht „langathmig“ werden müssen (S. IX). Hier scheint mir auch die Hauptschwäche der ablehnenden Haltung Knapps (S. X ff.) gegen v. Zallingers Interpretation der Nürnberger Halsgerichtsordnung von 1294 (abgedruckt von Knapp in der Z. f. d. ges. Strafrechtswissenschaft XII 245 ff.) zu liegen. v. Zallinger, Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland 1895, S. 142 ff., findet in dem Uebersiebnungsverfahren der cit. HGO. ein eigenthümliches Vorgehen gegen landschädliche Leute, während Knapp darin nur das ordentliche Verfahren vor dem Reichsschultheissen vornehmlich gegen fremde und gegen jene Bürger sehen will, denen der Reinigungseid versagt ist. Die Einwendungen Knapps können wohl gegenüber den breiten methodischen Ausführungen v. Zallingers kaum Stand halten.

Diese Mängel sind vorwiegend durch das Material veranlasst. Dessen überreiche Fülle bedingt die Schwächen aber auch den Reiz des Buchs.

Prag.

H. Schreuer.

Walter Immerwahr, Die Kündigung, historisch und systematisch dargestellt. Breslau 1898, Verlag von M. & H. Markus.

Der zweite Theil dieses Buches ist dem heutigen Recht gewidmet, muss also bei einer Besprechung der rechtsgeschichtlichen Ausführungen des Verfassers ausscheiden. Der erste Theil handelt von der Kündigung im römischen Recht und schildert dann die Entwicklung dieses Instituts im deutschen Recht. Unter „Kündigung“ versteht der Verfasser „eine einseitige Willenserklärung, welche die Beendigung eines Vertragsverhältnisses zum Ziele hat, dessen Fortdauer von dem freien Willen

des Erklärenden abhängig ist“. Die Kündigung ohne Kündigungsfrist ist ihm die „einfachste Form“ der Kündigung. Nur sie findet sich im römischen Recht. Die Kündigung, bei der eine Kündigungsfrist vorhanden ist — also die Erklärung, welche wir heute im täglichen Verkehr Kündigung nennen —, wurzelt im deutschen Recht. Immerwahr leitet sie aus dem deutschrechtlichen Beitreibungsverfahren her. Er geht aus von Lex Sal. 52, wonach der Gläubiger, der Zahlung haben wolle, seinen Schuldner rechtsförmlich mahnen und alsdann eine bestimmte Zeit verstreichen lassen müsse. Dieser Formalact habe zur Zeit des reinen Delictsprocesses den Zweck gehabt, den Gegner ins Unrecht zu setzen. Mit dem Aufhören des Delictsprocesses habe sich der strafrechtliche Grundgedanke verwischt, der Rechtssatz aber bestanden, dass aus einem schwebenden Schuldverhältniss erst nach beweisbarer Kündigung und Ablauf einer Kündigungsfrist geklagt werden könne.

Diese Ausführungen des Verfassers sind anregend und beachtenswerth. Völlig überzeugen können sie allerdings nicht. Nach Lex Sal. 52 hat der Gläubiger nach Weigerung des Schuldners, die Sache zurückzugeben (et ei noluerit reddere), einen feierlichen Formalact vorzunehmen, durch welchen das Nichtwollen, das Unrecht des Schuldners nach Ablauf der Frist als constatirt gilt. Diese Frist, welche das Delict des Schuldners feststellen sollte, welche auch beim befristeten Leihevertrag stattfand, hat mit der Kündigungsfrist ihrem innersten Wesen nach m. E. doch recht wenig zu thun. Das Aufhören des Delictsprocesses musste sie, die nur für ihn zugespitzt war, hinwegspülen. Behielt man sie aber bei, so hätte man sie folgerichtig für alle Verträge beibehalten, sie hätte auch ebenso wie in Lex Sal. 52 bei befristeten Leiheverträgen zur Anwendung kommen müssen.

Der Verfasser betrachtet im Einzelnen die geschichtliche Entwicklung der Kündigung beim Darlehn (§ 7), bei der Pfandeinlösung (§ 8), der Rente (§ 9),^f der Pacht (§ 10), der Miethe (§§ 11, 12), den Bündnisverträgen und dem Waffenstillstand (§ 14). Etwas kurz ist der Abschnitt über den „Austritt aus Verbänden und personenrechtlichen Gemeinschaften“ (§ 13) gerathen. Immerwahr erörtert in ihm auch die Austreibung des Ausmärkers (Lex Sal. 45). Mit der Kündigung hat diese aber nichts zu thun. Es handelt sich hier nicht um die Aufsayung eines Vertragsverhältnisses, sondern um das feierliche Protestiren gegen einen Zustand, der zu einem Vertragsverhältniss führen könnte.

Dr. J. Gierke.

Dr. Otto Wolff, Rechtsanwalt, Das Lübsche Recht in der Stadt Kiel. Ein Beitrag zur Ermittlung der Grenzen zwischen den Geltungsgebieten des Lübschen Rechtes und des Sachsenspiegels. In den Mittheilungen der Ge-